

Übersicht über die weiter zu verfolgenden Konsolidierungsmaßnahmen

- Strukturelle Sparmaßnahmen -

1. Einzelpläne
2. Bezirke
3. Ressortübergreifende Vorschläge

Einzelplan 06 (Justiz)

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
1		Reduzierung der Haftplatzkosten durch verstärkte Ausnutzung von Rationalisierungs- und Privatisierungsmöglichkeiten	Nicht quantifizierbar					Umsetzung durch Ausnutzung der Möglichkeiten eines verstärkten private-public-partnership im Justizvollzug (rechtliche Rahmenbedingungen, geeignete Bereiche, Einsparpotentiale). Einen ausführlicheren Vorschlag unterbreitet die „Expertenkommission Staatsaufgabenkritik“.

Einzelplan 10 (Schule, Jugend und Sport)

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
2		Wegfall der Reinigungspauschale für Privatschulen	1	2	2	2	2	Nach dem Privatschulgesetz sind nur vergleichbare <u>Personalkosten</u> zur Berechnung der Erstattungsansprüche heranzuziehen. Reinigungskosten sind im Bereich der öff. Schulen Sachkosten.

Eine Markierung in dieser Spalte bedeutet, dass die entsprechende Maßnahme die Änderung von Rechtsvorschriften erfordert und sich deshalb für die Aufnahme in ein Haushaltsentlastungsgesetz anbietet.

noch: **Einzelplan 10 (Schule, Jugend und Sport)**

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
3	#	Die für 2001 geplante Novelle Privatschulgesetz wird für 2002 wieder angegangen: Abbau der Zuschüsse um 2, 2, 2 und 1 v.H. auf 90 v.H.	2	3	5	6	6	Novelle Privatschulgesetz: Abbau der Zuschüsse um 2, 2, 2 und 1 v.H. auf 90 v.H.
4		Steigerung der Ersatzleistungen der Unterhaltsverpflichteten für von Berlin verauslagte Unterhaltsvorschusszahlungen (-UVG-)	0	2	2	2	2	Festsetzung einer Einnahmeerwartung von 20% (2002), 25% (ab 2003). Die Beträge, um die die Einnahmen hinter den Vorgaben zurückbleiben, müssen vom jeweiligen Bezirk ausgeglichen werden.
5		Vorschläge zur Änderung der SPAN hier: Änderung / Anhebung der Nutzungsentgelte bei Großveranstaltungen (Profisport)	1	1	1	1	1	Die Berechnungssätze der SPAN zur Abführung von Nutzungsentgelten sollen erhöht und zugleich der Berechnungsmodus, der zur Zeit praktiziert wird, klarstellend geregelt werden.
6		Reduzierung des Zuschusses an die Berliner Bäderbetriebe	3	5	7	9	11	Absenkung wegen Stilllegung, Privatisierung und betriebswirtschaftlicher Optimierung.
7		Die Mittel der Sportförderung von zur Zeit 14 Mio € werden mit Ausnahme des Kinder- und Jugendsports um 10% gekürzt.	1	1	1	1	1	Dies entspricht einem Betrag von 1,4 Mio €.
8		Privatisierung des SEZ	0	5	5	5	5	Die Zuwendung in Höhe von z.Zt. 4,7 Mio € jährlich entfällt.
9		Verlagerung der Zuständigkeit für das 60:20:20 – Programm auf den LSB bei gleichzeitiger Einstellung der Darlehensfinanzierung	1	1	1	1	1	Entlastung bei den Darlehen wird durch Umwidmen von 0,5 Mio € in Zuschüsse teilweise kompensiert.

Einzelplan 11 (Arbeit, Soziales und Frauen)

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
10		Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM): Absenkung der Förderung bei freien Trägern auf 22.000,- DM/Fall und Streichung der SAM in Landesregie durch Verringerung um 300 Förderfälle und Verlagerung des Restes auf freie Träger	6	8	8	8	8	
11		Wegfall der Förderung für Träger, deren Verwaltungskosten aus anderen Förderprogrammen gedeckt werden	3	3	3	3	3	Im Rahmen einer Einzelprüfung sollen alle diejenigen Träger ausgeschlossen werden, die ab 2002 die Möglichkeit haben, ihre Verwaltungskosten aus anderen Maßnahmen (KJHG, ABM etc.) zu finanzieren.
12		Kürzung der verstärkten Förderung nach § 266 SGB III (Sachkostenförderung bei ABM)	1	2	2	2	2	Anpassung an Förderhöhe in anderen Bundesländern.
13		Aufgabe der Landesbeteiligung von 60,5 % am Unfallkrankenhaus Marzahn	nicht quantifizierbar					Es muss ein neues Wertgutachten erstellt werden.
14	#	Schließung des Landesinstituts für Sportmedizin (LIS)	0	0	0	0	0	<u>Rundung, tatsächliche Einsparung 0,4 Mio € p.a.</u> Gesamtvolumen der Ausgaben beträgt rd. 2,2 Mio €; SK könnten in 2002 vollständig, PK je nach Fluktuation erst in den kommenden Jahren abgebaut werden.
15		Berliner Betrieb für zentrale gesundheitliche Aufgaben wird neu strukturiert	1	3	5	5	5	Neustrukturierung berücksichtigt auch die Sicherung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben

Einzelplan 12 (Stadtentwicklung)

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
16	#	Aufhebung von 8 (von insgesamt 30) Sanierungsgebieten	0	2	3	5	5	Wegen notwendigen Vorlaufs erst ab 2003 Einsparungen in Höhe von anfänglich rd. 2 Mio € möglich.
17		Absenkung der Zuschüsse an Sanierungsbeauftragte	0	1	2	3	4	
18		Weitere Kürzungen im Bereich der Modernisierung/Instandsetzung; ggf. Verzicht auf einzelne Programme (z.B. "Soziale Stadterneuerung", "Wohnungspolitische Projekte", Stadtweite Maßnahmen, Plattenbausanierung)	1	6	12	17	30	
19		Kürzung der Bestandserwerbsförderung	1	3	5	7	17	Dieses Programm ist auch nach einer Halbierung ausreichend dimensioniert.
20	#	Straßenausbaubeitragsgesetz; Schaffung der Rechtsgrundlage (wie in allen übrigen Ländern)	5	5	5	5	5	Ein Referentenentwurf existiert. Folgende Maßgaben sind zu berücksichtigen: 1. Ausbaustandards werden gesenkt 2. Anlieger werden an Ausarbeitung der Ausbaustandards wirksam beteiligt.
21		Zurückfahren des Neubaus der Lichtsignalanlagen (Zebrastreifen contra LSA)	0	2	3	3	3	Die dargestellten Entlastungen könnten bei einer Halbierung des Maßnahmenumfangs erreicht werden.
22		Kostendeckende Erstattung der öffentlich-rechtlichen Lasten durch die Pächter von Kleingärten (Einnahmen der Bezirke) sowie Verlagerung der Zuständigkeit für die einschlägigen Verhandlungen	2	2	2	2	2	Um in Berlin eine volle Erstattung der öffentlich-rechtlichen Lasten zu erreichen, sollten die Verhandlungen mit den Kleingartenverbänden geführt werden. Die Personalkosten der Kleingärtenverwaltung sollen in die von den Pächtern zu erstattende Summe eingerechnet werden. Kleingärten werden nur noch kostendeckend betrieben.

noch: **Einzelplan 12 (Stadtentwicklung)**

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
23		Erhebung von Erschließungsbeiträgen	3	3	3	3	3	Das Potenzial wird zur Zeit nicht ausgeschöpft. Eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Tiefbauinvestitionen und Beitragseinnahmen wird angestrebt.
24		Ausbau der Parkraumbewirtschaftung	5	5	5	5	5	

Einzelplan 13 (Wirtschaft und Technologie) – der Vorschlag zu 1 betrifft auch den Einzelplan 03 – Senatskanzlei

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
25		Nutzung von Synergieeffekten bei der Tourismus- und Berlinmarketingförderung	1	1	2	2	2	Auch Vorschlag der „Expertenkommission Staatsaufgabenkritik,“
26		Subventionsabbau bei der Messe GmbH	2	2	2	2	2	Der Ausgabeersatz an die Messe ist degressiv gestaltet (Wegfall 2012).
27		Kürzung von Wirtschaftsförderprogrammen	12	20	30	30	30	Vorgesehen sind u.a. Kürzungen im Bereich regionaler Hilfsmaßnahmen (allg. Wirtschaftsfördermittel, Innovationsförderprogrammen u.a.)
28		Kürzung VBB-Zuschuss	0	1	1	1	1	Zumindest für 2002 aufgrund bereits eingegangener Verpflichtungen ausgeschlossen. Für die weitere Zukunft muss die Handlungsfähigkeit der Gesellschaft als Grenze weiterer Kürzungen angesehen werden.

Einzelplan 17 (Wissenschaft, Forschung und Kultur)

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
34		Abschöpfung des Zuschusses an das Theater des Westens sowie weitere strukturelle Einsparungen	0	18	18	18	18	Privatisierungsverfahren läuft bereits.
35		Langfristiger Leistungsvertrag mit dem Studentenwerk mit degressiver Ausgestaltung des Zuschusses	0	2	3	4	4	Reduzierungen müssen von umfassenden Strukturveränderungen begleitet werden.

Bezirke

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
36		Steuerung der Sozialausgaben durch:						
	a)	Fallzahlenbezogene Zumessung der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen für die Bereich Soz und Jug sowie der Leistungen nach dem AsylbLG auf der Grundlage von Durchschnittsätzen,	20	30	40	40	40	Die Sozialhilfeausgaben werden ab 2002 fallzahlenbezogen zugemessen, das heißt, die Zumessung erfolgt nach der Anzahl der Fälle (=Personen, die Sozialhilfe beziehen; für 2002 aus Verfahren PROSOZ gewonnen) und der durchschnittlichen Ausgaben je Fall. Die fallzahlenbezogene Zumessung erfolgt für 2002 in den Bereichen Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen (Soziales und Jugend) sowie der Leistungen an Asylbewerber. Jährliche Einsparungen entstehen durch die Orientierung der Zumessung am Median (Bezirke, die darüber liegen, erhalten ihre Ist-Ausgaben nicht in voller Höhe) in Verbindung mit einem über die Jahre sinkenden Median. Weitere Hilfearten sollen einbezogen werden.
	b)	Flächendeckende Einrichtung eines Fallmanagements in den Sozialämtern zur Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse,	0	0	35	50	50	
	c)	Flächendeckende Einrichtung und Einsatz von Prüf- und Ermittlungsdiensten in den Sozialämtern	3	3	3	3	3	

noch: Bezirke

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
37		Budgetierung der Ausgaben der Bezirke <ul style="list-style-type: none"> • für Hilfen zur Erziehung und • für entgeltfinanzierte Betreuungsleistungen 	58	132	205	205	205	Die Koalition wird die Steuerung der Ausgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung (Jugendhilfe) und der entgeltfinanzierten Betreuungsleistungen (Sozialhilfe) deutlich verbessern und damit zu einer höheren Qualität der Leistungen für die Hilfeempfänger beitragen und Kosten im Umfang von 800 Mio € im Laufe der gesamten Wahlperiode einsparen. Dafür sollen folgende Instrumente genutzt werden: <ol style="list-style-type: none"> 1. Reduzierung der Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen in Berlin Bei unvermeidbarer Fremdunterbringung von Kindern sollen künftig mindestens 80% der Neuunterbringungen von 0-4-jährigen in Pflegefamilien erfolgen. Die Zahl der Heimplätze ist dementsprechend zu reduzieren. Notwendige Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles ist die Verbesserung der Situation von Pflegefamilien durch die flächendeckende Verbesserung von Betreuung und Hilfsangeboten für Pflegefamilien durch freie Träger wie im zur Zeit laufenden Spandauer Modellversuch. 2. Verstärkte Nutzung ambulanter statt stationärer Hilfeformen Das spart nicht nur Geld, sondern ist für die Betroffenen oftmals besser. 3. Verhandlungen über die Veränderung der Verträge über Kostensätze und Entgelte mit dem Ziel der Absenkung (Verantwortung Hauptverwaltung) 4. Überprüfung gesetzlicher Möglichkeiten zur Absenkung von Kostensätzen und Entgelten (Verantwortung Hauptverwaltung) 5. Budgetierte Zuweisung der Mittel an die Berliner Bezirke 6. Im Laufe der Wahlperiode sind auch in kostensatz- und entgeltfinanzierten Leistungsbereichen zusätzliche Wettbewerbsstrukturen zu installieren.

noch: **Bezirke**

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
38		<u>Kostensenkung bei Krankenhilfe:</u> Es wird eine Budgetierung der Krankenhilfe durch Erlass von Richtlinien der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen zur Absenkung der Leistungsstandards der Krankenhilfe (= Krankenkassenmodell) vorgeschlagen.	50	50	50	50	50	Der von der „Expertenkommission Staatsaufgabenkritik“, übernommene Vorschlag sah eine Einsparung von 5 bis 10 % der Krankenhilfeausgaben vor. Die erfolgreiche Umsetzung des Vorschlages könnte in Berlin zu Einsparungen bis zu 50 % der Krankenhilfeausgaben führen. Die statistisch erfassten Ausgaben für Krankenhilfe in Berlin betragen in 2000 rd. 174,1 Mio €. Bei einer Absenkung um 50 % würde sich die jährliche Einsparung auf rd. 87 Mio € belaufen
39		Kostensenkung der Ausgaben für Asylbewerber u.a. durch Unterbringung außerhalb von Heimen.	53	53	53	53	53	Die Aufwendungen pro Kopf werden von derzeit 14.000 DM auf 10.000 DM abgesenkt.

Ressortübergreifende Vorschläge

Lfd. Nr.	#	Sachverhalt	Entlastung in Mio €					Bemerkung
			2002	2003	2004	2005	2006	
40	#	dauerhafte Absenkung der steuerbaren Zuwendungen durch Evaluierung	15	25	25	25	25	Gesamtsumme der steuerbaren Zuwendungen ca. 600 Mio € .
41		Neuordnung des Facility Management	25	58	62	65	65	Das Facility Management wird in private Rechtsformen überführt und in eine Wettbewerbssituation gebracht. Nachhaltige Entlastungen ergeben sich sowohl durch Reduzierung der Flächen- als auch der Bewirtschaftungskosten gegenüber dem Status quo.
42		Leistungsverträge für Zuschussempfänger						Leistungsverträge können ein geeignetes Instrument sein, um Leistungen aus dem Haushalt zu begrenzen oder zu reduzieren (Stichwort Planungssicherheit für die Beteiligten).